



Barbara Steinemann
Juristin, Kantonsrätin SVP
Watt

Mehr gesunden Menschenverstand, weniger Juristerei

Mittlerweile vergeht kaum eine Woche, in der nicht irgendwelche Verbrecher, als Schweizer bezeichnet, in die Schlagzeilen geraten. Ein schwer gefährlicher Gefängnisausbrecher, die Schläger von München, die Schüler von Winterthur, die ein Mädchen bewusstlos würgten und sexuell belästigten und immer wieder jugendliche Massenschlägertrupps. Die allermeisten davon sind alles kürzlich Eingebürgerte, denen der Schweizer Schlafmützenstaat in einem Anfall von naiver Menschenfreundlichkeit den Schweizer Pass in die Hand gedrückt hat.

Von 1991 bis 2008 wurden hierzulande eine halbe Million Ausländer eingebürgert. Dieses Jahr tut sich wieder mal etwas bei den Einbürgerungsgesetzen, leider aber nicht zugunsten einer sorgfältigeren Auslese. Widmer-Schlumpf schickte kürzlich einen Gesetzesentwurf in Vernehmlassung, wonach nur noch acht Jahre Landesanswesenheit notwendig sind. Danach sollen Zwangsehen und Beschneidungen zur Nichteinbürgerung führen, aber ob der Pass auch an Straftäter verteilt werden muss, lässt der Entwurf offen. Ein konstruierter Datenschutz soll in Zukunft verhindern, dass die Gemeinden genauere Abklärungen vornehmen können – man müsse den Betroffenen ein faires Einbürgerungsverfahren gewähren. Die politische Linke begründet ihre Zustimmung damit, dass eine Nicht-Einbürgerung ausländischer Kinder schwer wiege. Trotz enger Verbundenheit hätten sie weder ein gesichertes Aufenthaltsrecht noch ein Stimm- und Wahlrecht. Darum geht es offenbar: Gesicherte Aufenthaltsrechte für alle, auch für jene, welche hier unsere Sicherheit beeinträchtigen und eigentlich ausgeschafft werden sollten, sowie das Stimm- und Wahlrecht. Mehr Vorteile aus dem roten Pass sind nämlich nicht herauszuholen – ausser man möchte unbedingt in den Tarnanzug steigen. Die Frage sei erlaubt, warum wir uns einfach so dem Risiko aussetzen sollen, dass ausländische Kriminelle, die sich im Schatten des Datenschutzes ins Fäustchen lachen, hier

ihre Karriere unbekümmert als Schweizer fortsetzen dürfen? Dass Masseneinbürgerungen politisch brisant sind, weiss man aus mehreren Umfragen aus Deutschland. Diese Instrumentalisierung der Staatsangehörigkeit ist verwerflich. Leider haben die Mitteparteien nie Anstalten unternommen, der Masseneinbürgerung Einhalt zu gebieten, wohl aus Furcht, in die Gegend des politischen Feindes gestellt zu werden. Würde die Linke bessere Politik betreiben, hätte sie auch gar nicht nötig, Ausländer und unser Bürgerrecht für ihre politischen Zwecke vor den Karren zu spannen.

Gemeinden sehen sich oftmals genötigt, im Zweifelsfall zugunsten des Kandidaten zu entscheiden, auch wenn dabei ein ungutes Gefühl bleibt. Ansonsten drohen teure Verfahren mit Einbürgerung des Gesuchstellers durch die Verwaltung oder das Gericht.

Gutgestellte Ausländer hingegen hegen in der Regel weniger Ambitionen auf den Pass – sie vermögen gar keine Vorteile daraus abzuleiten.

Ausländer werden heute von der Bevölkerung sehr differenziert wahrgenommen. Eigenleistungen, Bildung, Engagement mit Mitmenschen, Arbeiten und Steuern zahlen: genau darauf legen erfahrungsgemäss die Gemeindebehörden und vor allem der Stimmbürger wert. Das spielt aber leider heute im administrierten Verwaltungsverfahren keine Rolle mehr. Wir haben in der Schweiz hunderttausende hochwillkommener Ausländer, denen wir den Schweizer Pass gönnen, aber wer diesen wertvollen Frieden stört, soll das Land verlassen müssen – juristische Ausflüchte hin oder her.

Eine etwas sorgfältigere Selektion würde auch den zu Recht Eingebürgerten eine höhere Legitimation und Anerkennung verleihen. Das bedeutet nicht, überhaupt niemanden mehr einzubürgern, wie jeweils reflexartig der Vorwurf auf Kritik lautet. Etwas mehr gesunder Menschenverstand und etwas weniger formaljuristische Bürokratie würde uns aber in diesem Bereich gut anstehen.

Verteilgebiet

Niederweningen • Schleinikon • Otelfingen • Dänikon • Boppelsen • Oberweningen • Schöfflisdorf • Regensberg • Weiach • Bachs • Steinmaur • Dielsdorf • Stadel • Neerach • Niederhasli • Watt • Rümlang • Oberglatt • Niederglatt • Höri • Hochfelden • Glattfelden • Kloten • Winkel • Bachenbülach • Bülach • Eglisau • Hüntwangen • Wasterkingen • Wil ZH • Rafz • Buchberg • Rüdlingen • Rorbas • Freienstein-Teufen

IMPRESSUM

Wochenspiegel Verlags AG

Herausgeber:

Andreas Mohler
mohler@wospi.ch

Redaktion:

redaktion@wospi.ch
eilers@wospi.ch

Reporterin: Rita Moser

UL-Assistentin/Buchhaltung:

Corinne Teuscher
teuscher@wospi.ch

Verlagsleiter:

Manfred Eilers, 044 863 72 04
eilers@wospi.ch

Inseratenberatung:

Sandra Zimmermann,
zimmermann@wospi.ch
Sandra Meister
meister@wospi.ch

Kolumnisten:

Béatrice Petrucco
Sandra Langenauer, Andreas Graf
Dölf Huber, Bernhard Boll

Produktion

Prepress:
Wochenspiegel Verlags AG
Feldstrasse 82
8180 Bülach
Telefon 044 863 72 00

Theo Richle, info@wospi.ch
Fax 044 863 72 01
Tel. direkt: 044 863 72 10

Druck:

ZDS Zeitungsdruck
Schaffhausen AG

Normalauflage: 37 106 Ex.

Grossauflage: 59 000 Ex.
(4 x pro Jahr)

Erscheint jeden Mittwoch

Inseratenannahmeschluss:

spätestens Montag, 16 Uhr

Farbdatenlieferung:

spätestens Montag, 14 Uhr

Agendaeinträge:

Freitag der Vorwoche, 11 Uhr

Textbeiträge/Eingesandte:

Mittwoch Vorwoche, 11 Uhr

wospi